

Zwönitztaler Anzeiger

Erscheint wöchentlich viermal, am Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. — Bezugspreis: Durch unsere Träger monatlich 80 Pfg. frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.40. Druck u. Verlag: Buchdruckerei C. Bernhard Ott, Zwönitz. Inhaber u. verantw. Schriftl.: Carl Bernh. Ott, Zwönitz. Geschäftsstelle: Zwönitz, Kühnhaideweg 73B/74. Fernspr. Nr. 23. Postfach 4814 Leipzig.

Amts-Blatt



für das königliche Amtsgericht und die städtischen Behörden zu Zwönitz

Anzeigen: Die sechsgepaltenen (43 mm) Kleinzeile oder deren Raum 20 Pfg., bei Familienanz., Sammelanz., tabellar. Satz u. auswärt. Anz. 25 Pfg. die Zeile, die dreizehnpalt. Zeile im Reklamet. u. im amtl. Zeile 60 Pfg. Mindestpreis einer Anz. 1 Mk. Bei Wiederholungen Preisermäß. n. Vereinbarung. Bei Anzeigen, Klagen, Vergleichen und Zielüberschreitung fällt jede auf Anzeigen gewährte Preisermäßigung weg.

Anzeiger für Zwönitz, Niederzwönitz, Kühnhaid, Lenkersdorf, Dorschemnitz, Günsdorf und andere Ortschaften im Zwönitztale

Nr. 14.

Sonnabend, den 26. Januar 1918.

43. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Sonnabend, den 26. Januar, Verkauf von Margarine in den bekannten Verkaufsstellen auf Marke Y der Landessfettkarte und gegen Vorlegung der Lebensmittelkarte.

Nachm. 3-6 Uhr Verkauf von ungar. Rotwein, auch an Einwohner der Nachbarorte, vier 6 M. 50 Pfg. Gefäße sind mitzubringen.

Die städtische Verkaufsstelle im Rathaus ist jeden Sonnabend nachm. 3-6 Uhr für die Einwohner-schaft geöffnet.

Der Bürgermeister.

Die auf den 26. Januar 1918 anberaumte Versteigerung findet nicht statt.

Zwönitz, den 25. Januar 1918.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Städtische Sparkasse Zwönitz.

Geöffnet 8-1 und 3-6 Uhr; Sonnabend durchgehend 8-3 Uhr.

Tägliche Verzinsung der Einlagen.

Durch die Post gesandte Einlagen werden sofort abgefertigt.

Richtpreise für Molkeneiweiß.

Der Richtpreis für Molkeneiweiß mit einem Wasser-gehalt von höchstens 68 v. H. beträgt künftig bei Abgabe durch den Hersteller in handelsüblicher Weise: 80 M. für 50 Kilogramm.

Die Amtshauptmannschaften und Städte mit Revier-direktor-Stabsordnung haben für den Verkauf von Molkeneiweiß an den Verbraucher unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse Kleinhandels-Richtpreise festzusetzen und bekannt zu machen.

Dresden, den 23. Januar 1918.

Ministerium des Innern.

Vom Weltkrieg.

Hindenburg und Ludendorff sind am 23. Januar abends ins Große Hauptquartier zurückgekehrt.

Reichskanzler Graf Hertling hielt im Hauptaus-schuss des Reichstages seine Rede über die Friedensfrage, wobei er feststellte, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind.

Staatssekretär des Reichsmarineamtes von Capelle erhielt den Orden Pour le mérite.

Der österreichische Generalstabschef Fehr. von W. betonte den unerrückbaren Friedenswillen der Monarchie und bezeichnete die Hoffnungen auf einen all-gemeinen Frieden als verfrüht.

Das ungarische Kabinett hat nach einer Mit-teilung des „Pester Lloyd“ bereits die Gesamtdemission überreicht; als Nachfolger wird Graf Tisza genannt.

Trotsky erhielt vom Generalkongress der Arbeiter-und Soldatenräte neue Vollmachten zur Fortführung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Trotsky wird, wie „Pravda“ meldet, unter allen Umständen am 27. Januar nach Brest-Litowsk zurück-zugehen.

Venin teilte mit, daß man die Konstituante an einem abermaligen Zusammentritt hindern werde, ganz gleich, wo es auch sei.

Der Moskauer Sowjet besetzte die Eisenbahnen und Straßen, um den Zusammentritt der aufgelösten Kon-situante in Moskau zu verhindern.

In den russischen Häfen wurden die den Ver-bandsmächten gehörenden Handelschiffe durch die Matrosen-räte mit Beschlag belegt.

Petersburg steht vollkommen unter der Soldaten-herrschaft; die Lebensmitteltransporte werden unterwegs geplündert; der Zerfall der Front dauert an.

Das britische Gesamtministerium trat in London zu einem außerordentlichen Kronrat zusammen, um über die Vorgänge in Petersburg zu beraten.

Die amerikanische Regierung beschlagnahmte Kriegs-material, das von Holland in Amerika gekauft und bereits bezahlt worden war.

In Versailles findet in der nächsten Woche eine Sitzung der Ministerpräsidenten und der Kriegsminister der Bielesbündler statt.

Die Republik Türkei ernannte den Inge-nieur Enispaşazade zum Ministerpräsidenten.

Der Reichskanzler hat gesprochen.

Wachsende Lebensmittelnot in England. — Des Königs der Belgier Antwort an den Papst.

W. Berlin, 24. Jan. In der heutigen Sitzung des Haupt-ausschusses des Reichstages führte

Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling

aus: Meine Herren! Als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuss zu sprechen — es war am 3. Januar — standen wir, so schien es, vor einem in

Brest-Litowsk

eingetretenen Zwischenfall. Ich habe damals die Meinung aus-gesprochen, daß wir die Erledigung dieses Zwischenfalles in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem auch recht ge-gaben. Die russische Delegation ist wieder in Brest-Litowsk ein-getroffen, die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fort-gesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sie sind außer-ordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, welche diese Schwierigkeiten bedingen, habe ich schon das vorige Mal hin-gewiesen. Mandatam konnte in der Tat der Zweifel entstehen, ob es der russischen Delegation ernst sei mit den Friedens-verhandlungen, und allerlei Funksprüche, welche durch die Welt gingen mit höchst seltsamem Inhalt könnten diesen Zweifel be-festigen. Trotzdem halte ich an der Hoffnung fest, daß wir mit der russischen Delegation in Brest-Litowsk demnächst zu einem guten Ab-schlus gelangt werden.

Günstiger standen unsere

Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine.

Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aus-sichten sind günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zu Ab-schlüssen zu kommen, die im beiderseitigen Inter-esse gelegen und nach der wirtschaftlichen Seite vor-teilhaft sein würden. Ein Ergebnis, meine Herren, war be-reits am 4. Januar abends um 10 Uhr zu verzeichnen. Wie Ihnen allen bekannt ist, hatten die russischen Delegierten zu Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine

Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer

ergehen zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen, und als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vor-schläge sehr allgemein gehaltener Art unterbreitet. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhand-lungen einzuladen, eingelassen, unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar des Abends um 10 Uhr war diese Frist verstrichen. Eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr ge-bunden sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhand-lungen mit Russland und daß wir auch selbstverständlich an jene von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Frie-densvorschlagen der Entente gegenüber in keiner Weise mehr ge-bunden sind. Anstatt der damals erwarteten Antwort, die aus-geblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen,

zwei Rundgebungen feindlicher Staatsmänner

erfolgt. Die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Botschaft des Präsidenten Wilson vom Tage danach. Ich erkenne gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat; er läßt nicht mehr und scheint dadurch seine früher von mir angezeigte Verhandlungsfähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Seiterteil) Immerhin aber kann ich nicht so weit gehen, wie manche Stimmen aus dem neutralen Aus-land, welche aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Gesinnung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärte, er wolle Deutschland nicht ver-nichten, habe es nicht vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsere politische wirtschaftliche und kulturelle Stel-lung, aber dazwischen fehlt es doch auch nicht an anderen Aeu-ßerungen. Dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung auf, daß er über das schuldige, aller möglichen Verbrechen schul-dige Deutschland Recht zu sprechen habe. Eine Gesinnung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir von erstem Friedenswillen noch nichts verspüren können. Wir sollen die Schuldigen sein, über welche die Entente nun zu Gericht sitzt. Das nötigt mich, einen kurzen

Rückblick auf die dem Kriege vorangegangenen Verhältnisse und Vorgänge

zu werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu wiederholen.

Die Aufrichtung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 hatte der alten Zerrissenheit ein Ende gemacht. Durch den Zusammen-schluß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich diejenige Stellung erworben, welche seinen wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen und den daraus begründeten Ansprüchen entsprach. (Bravo.) Fürst Bismarck trug sein Werk durch das Bündnis mit Österreich-Ungarn. Es war ein reines Defensivbündnis, von den hohen Ver-bündeten vom ersten Tage an so gedacht und so gewollt. Im Laufe der Jahrzehnte ist niemals auch nur der leiseste Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken aufgetaucht. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensivbündnis zwischen Deutschland und der engverbündeten, in alter Tradition durch gemeinsame Interessen mit uns verbündeten Donau-Monarchie dienen. Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgewor-fen wurde, den Abbruch der Koalition, und die Ereignisse der folgenden Zeit haben gezeigt, daß dies kein bloßes schreckhaftes

Traumbild war. Mehrfach trat die Gefahr feindlicher Koalition, die den verbündeten Mittelmächte drohte, in die Erscheinung. Durch die Entfesselungspolitik König Eduards ward der Traum der Koalition Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus stand das aufstrebende und erstarrende Deutsche Reich im Wege. In der französischen Revanchefucht, in dem russischen Expansionsstreben fand dieser britische Imperialismus nur allzu bereitwillige, und so be-reiteten sich für uns gefährliche Zukunftspläne vor.

Schon immer hatte die geographische Lage Deutschlands die Gefahr eines Krieges auf zwei Fronten uns nahe gerückt, jetzt wurde sie immer sichtbar. Zwischen Russland und Frankreich wurde ein Bündnis abgeschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn an Einwohnerzahl um das Doppelte übertrafen. Frankreich, das republikanische Frankreich, ließ dem zaristischen Russland Milliarden zum Ausbau der strategischen Bahnen im Königreich Polen, welche den Aufmarsch gegen uns er-leichtern sollten. Die französische Republik zog den letzten Mann zur dreijährigen Dienstzeit heran. So schuf sich Frankreich neben Russland eine bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gehende Rüstung. Beide verfolgten dabei Zwecke, welche unsere Gegner als imperialistische bezeichnen.

Es wäre pflichtvergessen gewesen, wenn Deutschland diesem Spiel ruhig zugehört hätte,

wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen veranlaßt hätten, die uns gegen die künftigen Feinde zu schützen hatte. Meine Herren, ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mit-glied des Reichstages sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe und daß ich bei neuen Rüstungsausgaben stets darauf hin-gewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Rüstungen zustimmte, lediglich eine Politik des Friedens treiben wollte, daß diese Rüstung uns nur augenblicklich sei zur Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwie vom Ausland beachtet worden wären.

Und nun Elsaß-Lothringen,

von dem auch jetzt wieder Lloyd George redet als von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angehan habe. Elsaß-Lothringen umfaßt bekanntlich zum größten Teil rein deutsche Gebiete, die durch Jahrhunderte lang fortgesetzte Verewaltung und Rechtsbrüche vom Deutschen Reiche los-gelöst wurden. Als wir nun im 1870er Krieg die uns frevent-lich entrisenen Landstrichen zurückerlangten, war das nicht Er-oberung fremden Gebietes, sondern recht eigentlich, was man heute Desannexion nennt, und diese Desannexion ist denn auch von der französischen Nationalversammlung mit großer Stimmenmehrheit ausdrücklich anerkannt worden. Und auch in England sprach man damals ganz anders als heute. Der berühmte englische Historiker Thomas Carlyle schrieb im Dezember 1870: Kein Volk hat einen so schlimmen Nachbar wie ihn Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich be-las. Deutschland wäre verrückt, wenn es nicht daran dächte, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbar zu errichten, wo es Gelegenheit dazu hat. Ich weiß von keinem Naturgesetz und keinem Himmelsparlamentsbeschlus, kraft dessen Frankreich allein von allen irdischen Wesen nicht verpflichtet wäre, einen Teil der geraubten Gebiete zurückzurufen. Wenn die Eigen-tümer, denen sie entrisen wurden, eine günstige Gelegenheit haben, sie wiederzuerobern. Und im gleichen Sinne sprachen angefehene englische Prediger.

Sich komme nunmehr zu Wilson.

Auch hier erkenne ich an, daß der Ton ein anderer geworden ist. Es ist nicht mehr die Rede von Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autoritäre Regierung, und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt worden. Auf die schiefe Darstellung der deutschen Politik in Wilsons Botschaft will ich nicht eingehen, sondern im einzelnen die 14 Punkte be-sprechen, in denen er

sein Friedensprogramm

formuliert.

1. Es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Die Geschichte lehrt, daß wir uns am ehesten mit einer weitgehenden Publizität der diplo-matischen Abmachungen einverstanden erklären können. In dem 2. Punkte fordert Wilson Freiheit der Meere. Die voll-kommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere im Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wich-tigsten Zukunftsforderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. In hohem Grade aber wichtig wäre es für die Freiheit der Schifffahrt in Zukunft, wenn auf die stark befestigten Küstenpunkte an wichtigen internationalen Verkehrs-straßen, wie sie England in Gibraltar, Äden und manchen an-deren Stellen unterhält, verzichtet werden könnte.

3. Mit der Beseitigung wirtschaftlicher Schran-ken, die den Handel, den überflüssigen Handel einengen, sind wir durchaus einverstanden. Auch wir verurteilen einen Wirtschaftskrieg. 4. Der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung ist durchaus distanzabel. Ueber die vier ersten Programmpunkte könnte man also ohne Schwierigkeit zu einer Verständigung gelangen. Ich komme nun zum 5. Punkte: Schlichtung aller kolonialen An-sprüche und Streitigkeiten. Die Durchführung des von Wilson aufgestellten Grundgesetzes wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls kann es zunächst dem größten Kolonialreiche, England,